

Dirk Rohpeter, Forstgasse 19, 37269 Eschwege

Eschwege, 25. Juli 2012

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

Staatssekretärin im Ministerium für Inneres und Sport
des Landes Niedersachsen
Dr. Sandra von Klaeden
Lavesallee 6
30169 Hannover

Vorbereitung eines Beratervertrages mit dem BMI zur Abwendung von Straftaten gemäß. §129a StGB / §80StGB

Sehr geehrte Staatssekretärin Dr. von Klaeden,
aus gegebenem Anlass benötige ich, Rohpeter Dirk, eine couragierte Volljuristin, welche einen Kontakt zum Bundesministerium des Innern herstellen kann, um einen Maßnahmenkatalog zur Abwendung von Straftaten gemäß §129a StGB / §80StGB vorzubereiten.

Da ich Rohpeter Dirk, geb.am 27.03.1968 in Eschwege, Hessen, als Augenzeuge eines Sachverhaltes aus dem Jahr 2003 und Opfer von Straftaten aus dem Jahr 2006, 2008, 2009, ausschließlich an einer konstruktiven Lösung interessiert bin, bitten ich Sie über eine Mandantschaft nachzudenken. Inhaltlich sollten die in der Anlage „Inhalte und Zielsetzung“ vorgegebenen Merkmale enthalten sein.

Dieser Beratervertrag im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft mit dem „Bundesministerium des Innern“, soll eine Alternative bieten zu den bisherigen Beraterverträgen, welche seit 2002 geschlossen wurde, um die Lücken im Bereich „Innere Sicherheit und Justiz“ schließen und internationale Zusammenarbeit, auf der Basis internationalen Vertrauens wieder herstellen zu können.

Eine Stärkung der Exekutivorgane und wertneutrale Aufarbeitung bisher ungelöster Sachverhalte seit 2006, sollte gerade im Interesse der amtierenden Entscheidungsträger sein und noch in dieser Legislaturperiode bereinigt werden.

Aus aktuellem Anlass sollten auch gerade die Einflussnahme privater Psychologen und deren verstärkter Einflussnahme in strafrechtlich relevante Bereiche, nach Amoktaten und sexuellem Missbrauch an Minderjährigen, Stichwort: "Führungsaufsicht", auch gerade in Verbindung mit organisierter Kriminalität, betrachtet werden. Private Psychologen unterliegen keiner Dienstaufsicht.

Mit freundlichem Gruß

Rohpeter Dirk

Rohpeter Dirk, Forstgasse 19, 37269 Eschwege, 0162/8135681, dirk.rohpeter@gmx.net
<http://dirk-rohpeter.homepage.eu>

Inhalte und Zielsetzung

a) Erfüllung des „Vertrags von Maastricht und Lissabon“ im Bereich Innere Sicherheit, die Zusammenarbeit mit internationalen Exekutivorganen, auf der Basis internationalen Vertrauens.

Ziel: Um den Vertrag von Maastricht und Lissabon erfüllen zu können, muss die nach 1990 durch den Abzug der Teilstreitkräfte unserer ehemaligen Bündnispartner: Frankreich, England, USA und Russland in Deutschland entstandene Lücke im Bereich "Innere Sicherheit", geschlossen werden ! Internationale Zusammenarbeit auf der Basis internationalen Vertrauens, bedeutet auch gerade bei den Straftaten, bei denen seit 2001 noch keine vollständige Aufklärung erfolgte, die dringend notwendigen Rahmenbedingungen zu erfüllen. (z.B. 11.September 2001, StaKuKo, Amoklauf von Erfurt, „Kanibale von Rotenburg“, Amoklauf von Lörrach, „Fall Mitja/Fall Michelle, 2007/2008 Leipzig, Games-Convention“, „Fall Peggy Knobloch“)

b) Verwaltung im Bereich „Innere Sicherheit / Justiz“, Zusammenarbeit der Behörden

Kann der Verwaltungsaufwand beschleunigt werden, wenn Akteneinsicht und Informationsaustausch unter den zuständigen Behörden vereinfacht werden? Wenn Akten durch verbeamtete Mitarbeiter zentral gelagert, katalogisiert, aktualisiert und dann in elektronischer Form, fälschungssicher (via CITRIX) abrufbar, nach einer „Anmeldung zur Akteneinsicht“ verfügbar gemacht werden? Ein Zeitvorteil kann sicherlich dann entstehen, wenn der Inhalt der Akten für unterschiedliche zuständige Behörden und Entscheidungsträger von Bedeutung ist. Eine Verfälschung oder das Anlegen von doppelten Aktenzeichen wäre unmöglich. Eine elektronische Auswertung auch für übergeordnete Institutionen des Bundes in Deutschland z.B. BKA, Verfassungsschutz sehe ich als unproblematisch und sogar von Vorteil an !

c) Verstärkte Einflussnahme von Mitarbeitern des Fachbereiches Psychologie in der Strafverfolgung / Verwendung neuester Technologien in der Strafverfolgung (Nanowissenschaften) / 136a StPO Folterverbot.

Grundelemente der Psychologie waren schon immer Bestandteil der Strafverfolgung und gehören ebenfalls zur elementaren Ausbildung der Mitarbeiter der Exekutive / Judikative. Erst seit wenigen Jahren wird auch verstärkt Psychologen ohne Ausbildung im Bereich der Exekutive, über den Bereich der Straftaten mit „emotionalem Straftatbestand“ die Möglichkeit der Teilnahme und Einflussnahme in der Strafverfolgung gegeben.

Sowohl durch die „Reform der Führungsaufsicht“, als auch durch die Opferbetreuung im Bereich der Amokläufe in Deutschland, wird hier einem Personenkreis Einblick gewährt, welcher keiner Dienstaufsicht unterliegt !

Wie viele Psychologen in Deutschland praktizieren, welche im Jahr 2007 nicht einen einzigen Patienten als „geheilt“ entlassen konnten, wird wohl erst geklärt werden, wenn man den erhöhten Mehrwertsteuersatz von derzeit 19% MwSt. auch auf die beratende Tätigkeit der Therapien anwendet und die Mehreinnahmen verwendet, um das Budget der Allgemeinmediziner aufstocken zu können. Es sollte grundsätzlich darüber nachgedacht werden, einen Patienten erst dann zu einer psychologischen Therapie zuzulassen, wenn dieser mittels Untersuchung durch einen Allgemeinmediziner auf Mangelerscheinungen (Unterzucker, Schilddrüsen-Über-/Unterfunktion) untersucht wurde !

Ob eine erhöhte Ausfallquote auf der Ebene der Landespolizei auf personelle Unterbesetzung oder erhöhte Auslastung der einzelnen Mitarbeiter zurückzuführen ist, kann sicherlich intern geklärt werden. Grundsätzlich entscheidet der gesetzlich vorgeschriebene Auftrag der Behörde, wie hoch die Einstellungsquote, Personal und Ausstattung der Exekutive zu wählen ist und nicht das Haushaltsbudget !

d) Innere Sicherheit, Dienstaufsicht, Innenrevision

Es ist von großer Bedeutung zu wissen, dass wir in Deutschland in einem Rechtsstaat leben, in dem wir uns dazu entschlossen haben nicht selbst zur Waffe zu greifen, sondern mit unseren Steuergeldern hochqualifiziertes Personal der Exekutive zu unterstützen, welche jede Gefahrensituation, auf der Basis Ihres Ausbildungsstandes und der Diensterfahrung selbst einschätzen, ob die Gefahrenabwehr „mit oder ohne Schusswaffe“ erfolgt.

Hierfür stellen wir als Steuerzahler für die ca. 550.000 Mitarbeiter der Exekutive und die mehr als 90.000 Staatsanwälte ein Steuervolumen von ungefähr 130 Mrd. Euro pro Jahr zur Verfügung. Straftäter haben keine Chance, wenn diese Mitarbeiter dank personeller und materieller Überlegenheit ermitteln. Das bilden von Sonderkommissionen kann gerade dann von Vorteil sein, wenn Straftäter über Insider-Wissen verfügen und die Zuständigkeiten einzelner Ermittler ausnutzen oder gar Einfluß auf das familiäre Umfeld von Ermittlern nehmen.

Analyse: Einführung eines Ticket-Systems, auf der Basis des Verwaltungssystems COMVOR in Hessen, um zeitnah Ausbildungsmängel im Rahmen der Dienstaufsicht zu erkennen und mittels Qualifizierung nachzusteuern, gleichzeitig eine rechtsverbindliche Anforderungsgrundlage für Personal / Material, an übergeordnete Dienststellen und Entscheidungsträger weiterleiten und den gesetzlich vorgeschriebenen Auftrag auch erfüllen zu können !

Eine regelmäßige Rechtsschulung incl. Technikschiulung sollte im regelmäßigen Turnus, jedoch mindestens alle 12 Monate den Kenntnisstand alle im aktiven Dienst befindlichen Mitarbeiter der Landespolizei erfassen und gerade mit Bezug auf den "Vertrag von Maastricht / Lissabon" Rechtssicherheit im Dienstalltag sicherstellen.

Das Vertrauensverhältnis zwischen dem Bürger und den Mitarbeitern im Staatsdienst ist von unschätzbarem Wert. Wenn die Mitarbeiter der Exekutive / Judikative keine Hinweise seitens der Bevölkerung mehr erhalten würden, wäre man womöglich gezwungen, 82 Mio. Bürger in Deutschland 24h zu überwachen. Neben den Investitionskosten würden auch gerade die laufenden Betriebskosten für Energie / Strom, als auch die Personalkosten zur Sichtung des aufgezeichneten Materials so hoch sein, das man hiermit ein Kindergeld von mehr als 2500,-Euro pro Kind pro Monat finanzieren könnte.

Der Einsatz von Elektronik, EDV, Informationssystemen des Bundes und fälschungssicheren Datenbanken ist unerlässlich, um den Zeitvorsprung der Täter bis zur Meldung der Straftat aufzuarbeiten. Auf eine Verifizierung der elektronisch erhaltenen Information mittels Zeugenbefragung und Tätervernehmung, darf jedoch niemals verzichtet werden !

e) Opferschutz / Opferhilfe als elementaren Bestandteil des Rechtssystems in Deutschland

Täter-Opfer-Ausgleich und Amtshaftung, sollten nicht missverstanden werden, denn der Schutz von Opfern und Zeugen bietet die einmalige Chance, den Täterkreis unter Zugzwang zu setzen. Ein eindeutiges Signal seitens des Innenministeriums für eine finanzielle Unterstützung von Opfern, kann auch gerade bei Fehlverhalten mit finanzieller Bereicherung deutlich wirkungsvoller sein. Augenzeugen zu ermutigen eine Aussage zu strafrechtlich relevanten Vorgängen zu tätigen und für deren schadfreie Zukunft zu sorgen ist von unschätzbarem Wert. Bei minimalem Aufwand, maximale Wirkung zu erzielen, kann bedeuten: „Was wir mit Geld erkaufen können, müssen wir nicht mit der Waffe in der Hand erstreiten“. Für Straftäter sind die Augenzeugen die Bedrohung, nicht der Mitarbeiter der Exekutive !

f) Armutsbekämpfung als beste präventive Kriminalitätsbekämpfung

Um den Zulauf zu extremistischen Gruppierungen deutlich zu verringern, sollten auch geschichtliche Erfahrungen genutzt werden. Diese hatten in der Vergangenheit immer nur dann Erfolg, wenn sich eine Vielzahl von Menschen in Deutschland in existenzbedrohlicher Situation befanden ! Bevor jemals wieder Millionen Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie entstehen, sollte Alternativen angeboten werden.

Da alle Probleme der Neuzeit ausschließlich auf dem Demographischen Wandel beruhen, sollten Millionen neue Arbeitsplätze durch den Bau von PlusEnergie-Häusern entstehen. Wenn jede Familie mit zwei Kindern in Deutschland ein eigenes PlusEnergie-Haus bauen kann, somit sämtlicher Bedarf an Energie, also Wärme, Strom im Haus, aber auch Mobilität mittels eigenem Elektrofahrzeug (Reichweite 300km), fast zum Nulltarif zur Verfügung stehen, werden Familien in der Lage sein, in eine sorgenfreie Zukunft zu blicken !

Eine Kindergeldpauschale von 750,-Euro pro Kind pro Monat, erfordert Investitionskosten von ca. 142,2 Mrd. Euro. Gegenfinanziert nach dem Vorbild des Leitzinses: Geld welches in den Wirtschaftskreislauf hineinfließt, muss Arbeitsplätze stabilisieren und neue Arbeitsplätze generieren, dann auch über die Steuer wieder abgeschöpft werden. Inflation kann mittels Festsetzung des Mehrwertsteuersatzes auf 26% (bisher 19%) verhindert werden und führt gleichzeitig zu Steuereinnahmen von mind. 240 Mrd. Euro pro Jahr !

Hierbei sind deutlich höhere Einnahmen im Bereich der Erschließungskosten und Gewerbesteuer noch nicht erfasst und können somit für Kindergärten und Schulen verwendet werden !

Die zusätzlichen Mehreinnahmen im Bereich der Lohn-/Einkommenssteuer könnten für eine Senkung der Staatsverschuldung genutzt werden !

Bundesministerium des Innern

Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin

Dienstaufsicht GTAZ - PD Werra-Meißner-Kreis - Amtshaftung

Sehr geehrte Damen und Herren,
setzen Sie innerhalb der nächsten 72h folgenden Maßnahmen um, zur
Abwendung von Straftaten mit Bezug auf §80 StGB / §129a StGB !

**A) Aufenthaltsort / Gesundheitszustand der Mitarbeiter der
Polizeidirektion Eschwege:**

Bitten Sie seitens des Bundesministeriums des Innern, um Amtshilfe und stellen
Sie jeweils eine Hundertschaft aus Niedersachsen und NRW zusammen, welche
in Hessen im Rahmen der Dienstaufsicht folgende Maßnahmen vor Ort
umsetzen.

Seit einem Hinweis an die Polizeidirektion Eschwege, das in 2009 ein 12stelliger
Geldbetrag für ein humanitäres Hilfsprojekt, mittels Urkundenfälschung, Betrug,
Steuerhinterziehung verloren ging, werden Mitarbeiter der Polizeidirektion
Eschwege vermisst, welche im Rahmen der Ermittlungstätigkeiten den
Täterkreis befragen wollten.

Da es sich um einen Täterkreis handelt, welcher im Inland bis zu 100 private
psychologische Gutachter finanzieren kann, stellt sich auch die Frage, ob der
eine oder andere Mitarbeiter in stationäre Unterbringung verbracht wurde !

Beauftragen Sie bitte eine Gruppe von Prüfern mit dem Dienststellenleiter der
Polizeidirektion Eschwege, eine vollständige Namensliste aller Mitarbeiter zu
erstellen, welche seit dem 15.08.2008 jemals dort Dienst getan haben.

Prüfen Sie Aufenthaltsort, Gesundheitszustand und Dienstausweis ! Prüfen Sie
auch die Schicht und Einsatzpläne der vergangenen 3 Monate,
Anzeigenaufnahmen seit dem 01.01.2009 incl. Namen der Mitarbeiters. Melden
Sie Bedarf und Sachstand an das Bundesministerium des Innern, Staatssekretär
Klaus-Dieter Fritsche !

Nutzen Sie die Anzeige vom 19.03.2012 Polizeidirektion Eschwege,
Anzeigenerstatter: Dirk Rohpeter, geb.am 27.03.1968, "Verdacht Betrug,
Steuerhinterziehung, Freiheitsberaubung", lassen Sie rechtsverbindlich das
staatsanwaltschaftliches Aktenz., Zeugenbefragung und Tätervernehmung
nachweisen, um weitere Disziplinare Maßnahmen begründen zu können.

Suspendieren Sie vorläufig das Personal der Polizeidirektion incl.
Dienststellenleiter. Eine schriftliche Stellungnahme von jedem Mitarbeiter ist
erforderlich. Tauschen Sie diese großzügig durch Personal aus anderen
Regionen aus, um Anzeigenannahmen in Zukunft sicher stellen zu können.

B) Melden Sie Dienstaufsicht beim GTAZ, Treptowpark Berlin an ! Geben Sie vorab folgende Namen weiter und lassen Sie sich alle in Ihren Datenbanken und Informationssystemen vorhandenen Informationen aufbereiten !

RA Alexander Heppe, geb.18.02.1976, Am Schindeleich 42, 37269 Eschwege, Bürgermeister der Stadt Eschwege (CDU) seit 2009,

RA Bernd Beyer, geb. 1966, Bahnhofstraße 28, 37269 Eschwege,

Michael Hasecke, geb. am 24.03.1965, Geschäftsführer des Eschweger Sicherheitsunternehmens ESU GmbH, Schindergasse 3, 37276 Meinhard-Grebendorf

Sabine Hasecke, ESU GmbH, Psychologiestudium Göttingen

Mario Vandenhirtz, Arbeitsvermittler, Jobcenter, Fuldaer Straße 6 , 37269 Eschwege, (ehemals: Bremer Straße 10, 37269 Eschwege)

Rainer Michael Romhart, Forstgasse 19, 37269 Eschwege, (im gleichen Haus: Pegasus Zoohandlung, Inh.Regina Mertins)

Lebensgefährtin (Kfz-Kennz: HH-UK145, am 15.08.2008) der Nachbarin Corinna Staufenbiehl, Forstgasse 19, 37269 Eschwege

Justizsekretärin Frau Beyer, Vormundschaftsgericht Eschwege

Marieanne Simon, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin, Forstgasse 26, 37269 Eschwege

Peter Pröving, Freiherr vom Stein Staße 9, 37269 Eschwege (ehem. Anschrift: Dortmund, seit 2011 verheiratet mit Michaela Pröving, geb. Rohpeter)

Dirk Rohpeter, Untere Meischede 15, 58239 Schwerte, Trainer Jugend-Fussballmannschaft in Lünen

Dirk Rohpeter, geb.am 27.03.1968 (Eschwege, Hessen), Meldeanschrift: Forstgasse 19, 37269 Eschwege, IT-Systemelektroniker

C) Stellen Sie bitte die Geldbeträge, welche unter dem Name Dirk Rohpeter in einem Online-Game zu finden sind, in voller Höhe auf dem Konto der Deutschen Bank zur Verfügung: Kontonummer 011180700, BLZ: 52070024, Deutsche Bank 24, IBAN: DE73 520700240 011180700.

D) Beauftragen Sie einen der beamteten Staatssekretäre, die Vorlage des Darlehnsvertrages zwischen dem "Bundesministerium des Innern" und Dirk Wolfgang Rohpeter, geb.am 27.03.1968, Eschwege, Forstgasse 19, 37269 Eschwege, Kto:011180700, BLZ: 52070024, IBAN: DE73 520700240 011180700 rechtsverbindlich umzusetzen !

Mit freundlichem Gruß

Rohpeter Dirk

Vorlage-Darlehnsvertrag:

Darlehnsvertrag

Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin

Dirk Wolfgang Rohpeter
geb. am 27.03.1968
Forstgasse 19
37269 Eschwege

Mit Bezug auf folgende Aktenzeichen wird gemäß §839 BGB, zwischen den oben genannten Vertragspartnern ein zinsloses Darlehn in der Gesamtschadenshöhe von 146,5 Milliarden Euro, in Worten: „Einhundert-sechs-und-vierzig-komma-fünf Milliarden Euro, rechtsverbindlich umgesetzt.

Aktz. 3620 UJs 78369/09 - Anzeige "Verdacht auf illegale Wohnraumüberwachung" vom 18.03.2009

Aktz. SPH/0509914/2010 - Anzeige "Versuchter Mord" vom 16.04.2010
(Dienstaufsichtsbeschwerde incl. Amtshaftung: Aktz. V11 - R2/11 - 7q02 vom 08.05.2012)
04.06.2010 Polizeipräsidium Kassel - Antrag auf Amtshaftung in Gesamtschadenshöhe plus Folgeschäden

Aktz. 2820 UJs 69880/10 - Anzeige "Versuchter Mord" vom 10.06.2010

Anzeige vom 19.03.2012 - "Raubmord, Betrug, Freiheitsberaubung"
(Aktenzeichen weiterhin unbekannt)
(Dienstaufsichtsbeschwerde incl. Amtshaftung: Aktz. V11 - R2/11 - 7q02 vom 08.05.2012)

Dieses zinslose Darlehn wird für einen Mindestzeitraum von 30 Monaten zugesichert und kann nach erfolgtem Täter-Opfer-Ausgleich vorzeitig abgelöst werden ! Sollte wider Erwarten auch nach einem Zeitraum von 30 Monaten KEIN Täter-Opfer-Ausgleich erfolgt sein, so wandelt dieses zinslose Darlehn automatisch in Amtshaftung und gilt als getilgt !

Kreditsumme: -----146.500.000.000,- Euro-----
Zahlungsvereinbarung: 30 mtl. Raten zu je 1/30

Darlehnsnehmer: **Rohpeter Dirk**
Kto: 0111 807 00
BLZ: 520 700 24 **Deutsche Bank24**
IBAN: DE73 520700240 011180700

Datum: _____

Darlehnsnehmer

Darlehnsgeber